0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juni 06/2004

Langemarck und der Stadtteilbeirat Neustadt

Es war eine sehr interessante öffentliche Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 22. April. Im Beisein von Frau Senatorin Röpke ging es um das so genannte Anpassungskonzept, besser gesagt um die Sparmaßnahmen im Bereich Jugend, Bildung, Soziales. Dagegen gab es im vollbesetzten Saal des Ortsamtes vor allem von Vertretern der betroffenen Institutionen viel Unverständnis und Protest.

Dann kam es zum Antrag der Grünen - unterstützt vom Beiratsmitglied der PDS Alexander Jung, einen Ausschuss zu bilden, der sich mit der Umbenennung von Straßennamen mit militaristischem und rassistischem Hintergrund befassen solle. Der Streit im Beirat und unter den anwesenden Gästen konzentrierte sich auf den Straßenzug, den die Nazis 1937 in der Phase ihrer Kriegsvorbereitung in "Langemarck"-Straße umgetauft hatten.

Es war schon erstaunlich, ja empörend, mit welch eigenartigen Argumenten Vertreter der CDU und einige Geschäftsinhaber aus der Langemarckstraße gegen den Antrag der Grünen auftraten. Diese Bezeichnung sei inzwischen ein "*Mahnmal für den Frieden*", eine Namensänderung sei eine "Zensur", würde enorme "Kosten verursachen" und die anliegenden Geschäfte schädigen. Dagegen haben wir unseren Standpunkt vorgetragen:
Die Schlacht bei Langemarck, in der im November 1914 tausende blutjunge, unzureichend ausgebildete Freiwillige in den Tod geschickt wurden, ist nur ein Beispiel der verbrecherischen Kriegspolitik des deutschen Militarismus Anfang des vergangenen Jahrhunderts. Von den Nazis in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zur Verdummung vor allem der damaligen jungen Generation missbraucht, kann es wohl schwerlich ein "*Mahnmal für den Frieden“* sein.

Und was sich auf dem Rasen vor der Hochschule für Technik befindet, sagt dem Vorübergehenden (wenn er das überhaupt wahrnimmt) auch nicht: "Langemarck mahnt: Nie wieder Krieg!" Der vor Jahren von Studenten der Hochschule umgestürzte Stein mit dem Stahlhelm und den Jahreszahlen der beiden Weltkriege darauf ist eindeutig "Heldengedenken", welches objektiv Kriegsverherrlichung begünstigt. Auch der später dort gesetzte Gedenkstein und die auf ihm befindliche Aufschrift mit dem Hinweis auf Langemarck kann nicht als ein Mahnmal angesehen werden.

Als unglaubwürdig, ja scheinheilig haben wir die Begründung des CDU-Sprechers empfunden, die Straßenumbenennung würde immense Kosten verursachen. Wann und wo hat die Frage der Kosten bei der massenhaften Umbenennung von Straßen der ehemaligen DDR eine Rolle gespielt? Und, haben nicht Vertreter der CDU die Umbenennung der Karl-Marx-Straße in Habenhausen gefordert?

Im Ergebnis der Diskussion beschloss eine eindeutige Mehrheit des Beirates eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die im Ortsamtsbereich die Straßen zu identifizieren versucht, die Namen mit rassistischem, kriegsverherrlichendem oder sonstigem menschenverachtendem Inhalt oder Bezügen tragen. Darüber hinaus soll die Arbeitsgruppe Vorstellungen entwickeln, um eine zutreffende Erinnerung an das betroffene Ereignis wachzuhalten. Auf Vorschlag aus dem Publikum wurde auch beschlossen, interessierte BürgerInnen des Stadtteils an dieser Arbeit zu beteiligen.

Ingeborg und Herbert Breidbach

Ein furchtbarer Jurist wählt den Bundespräsidenten

Das Amt des Bundespräsidenten wird auch fast 60 Jahre nach der Befreiung noch vom Schatten der deutschen Vergangenheit belastet werden, befürchtet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten.
Der baden-württembergische Landtag hat am 31. März "einmütig" ausgerechnet den ehemaligen Marinerichter Filbinger als Mitglied der Bundesversammlung gewählt, deren Aufgabe es ist, den Bundespräsidenten zu wählen. Zu befürchten steht darüber hinaus, dass ausgerechnet dieser "furchtbare Jurist" aus der Nazi-Zeit als Alterspräsident die Bundesversammlung und die Wahl des künftigen Bundespräsidenten eröffnen wird.
"*Damit wird in diese Versammlung der Geist eines Unbelehrbaren einziehen, der aus der deutschen Geschichte nichts gelernt hat*", erklärte Werner Pfennig Bundessprecher der VVN-BdA und gleichzeitig Sprecher seiner Organisation in Baden-Württemberg.
Filbinger musste 1978 als Ministerpräsident unehrenhaft zurücktreten, weil bekannt geworden war, dass er ein treuer Parteigänger des Naziregimes war und als Marinerichter noch kurz vor Kriegsende an mehreren ungerechtfertigten Todesurteilen mitgewirkt hat.

Noch in seiner Zeit als Ministerpräsident hatte er seine damaligen Unrechtsurteile immer wieder neu gerechtfertigt: "*Was damals rechtens war, kann heut nicht unrecht sein*".
Vor der Wahl Filbingers zum Mitglied der Bundesversammlung durfte noch mit einem Alterspräsidenten völlig gegensätzlichen Charakters gerechnet werden. Die PDS hatte dem sächsischen Landtag den wenige Jahre jüngeren Prof. Hans Lauter zur Wahl vorgeschlagen. Während Filbinger unter dem Naziregime Karriere machte, durchlitt Hans Lauter als Regimegegner und Widerstandskämpfer die Zuchthäuser und Konzentrationslager des Regimes.
Es liegt der Verdacht nahe, dass Filbinger, der sich schon damals dafür einsetzte, "*Schädlinge am Volksganzen ... unschädlich*" zu machen, nun erneut vorgeschickt wird, um die Eröffnung der Bundesversammlung durch einen Antifaschisten zu verhindern.
Ein ausgewiesener Antifaschist, der die Bundesversammlung eröffnet, das wäre, nachdem diese Versammlung wiederholt Mitträger des NS-Regimes zu Bundespräsidenten gewählt hat, wirklich etwas Neues gewesen.

"*Der furchtbare Jurist Filbinger gehört zu den Männern, die den Ungeist des Nazistaates in die Bonner Republik hinübergerettet haben*", erklärte Werner Pfennig. "*Es ist nun höchste Zeit, diesen Ungeist endgültig aufs Altenteil zu schicken. Die Wahl Filbingers ist beschämend, empörend und belastet Demokratie und Republik!*"

Bundessprecherkreis der VVN-BdA

Neues, altes Europa - Teil 3

E) Die EU entwickelt stufenweise eigene Strafkompetenzen

In dem EU-Verfassungsentwurf (EU-VerfE) wird auch die Tendenz der EU, sich schrittweise eigene Kompetenzen in der Strafverfolgung und Strafgerichtsbarkeit zu verschaffen, verstärkt. Dies wird unter der sympathischen Überschrift "*Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts*" abgehandelt. Doch wie häufig bei schönen Überschriften handelt es sich lediglich darum, mit repressiven Methoden Kriminalität und was man dafür hält zu bekämpfen. So erlaubt z.B. Art. III-172 Abs. 1 EU-VerfE über europäische Rahmengesetze Mindestanforderungen an Straftaten und Strafen festzulegen. Dies mag in Einzelfällen (aber nicht in der Regel) sinnvoll sein. Aber wenn die Kriminalitätsbereiche, in denen dies erlaubt sein soll, von Terrorismus, über Menschen und illegalen Drogen-, illegalen Waffenhandel bis zur einfachen Computerkriminalität und zur Leerformel der "*organisierten Kriminalität*" reicht, dann plant man nicht sinnvolle Harmonisierungen in bestimmten Bereichen der Schwerkriminalität. Es wird eher beabsichtigt, eine fast allumfassende Kompetenz für die noch in den Kinderschuhen steckenden EU-Strafverfolgungsbehörden zu schaffen.

Für die Einwohner dieses "*Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts*" und auch für ihre Anwälte wird dann noch weniger durchschaubar, welche Polizeitruppe in welchen Fällen ermitteln, welche Staatsanwaltschaften welches Delikt anklagen und welches Gericht verurteilen darf. Es hängt dann noch mehr vom Geldbeutel oder Beziehungen - und weniger von Schuld oder Unschuld - ab, ob strafrechtliche Ermittlungen mit einem Freispruch oder einer Verurteilung enden.

Diese EU-Behörden sind im Grundsatz im EU-VerfE bereits festgelegt. Eurojust soll nach Art. III-174 vorerst die Koordinierung und Zusammenarbeit von unterschiedlichen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten bei grenzüberschreitenden Straftaten erleichtern.

Nach Art. III-175 EU-VerfE kann ausgehend von Eurojust eine europäische Staatsanwaltschaft geschaffen werden, die in noch eng begrenzten Fällen bereits eigene Ermittlungs- und Anklagekompetenzen besitzt.
Vorläufig ohne polizeiliche Eingriffskompetenzen bleibt Europol. Nach Art. III-177 Abs. 2 EU-VerfE ist die Hauptaufgabe dieser Behörde die Informationsverarbeitung, der Informationsaustausch (auch mit Drittstaaten) und die Koordinierung, Organisation und Durchführung von EU-weiten Ermittlungen.
Doch lange wird es angesichts der Terrorhysterie in Europa nicht mehr dauern, bis die Kompetenzen der europäischen Staatsanwaltschaft soweit erweitert und diejenigen Europols geschaffen sind, dass sie von ihren Pendants in den USA (FBI, Bundesanwaltschaften und Bundesgerichte) kaum noch zu unterscheiden sein werden. Auch EU-Strafgerichte lassen dann nicht mehr lange auf sich warten.
Einziger Lichtblick des "*Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts*" ist, dass nach Art. III-158 Abs. 3 die EU u.a. "*durch Maßnahmen der Prävention und Bekämpfung von Kriminalität sowie von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit... ein hohes Sicherheitsniveau*" gewährleisten will. Selbst wenn hieraus keine Gleichsetzung zwischen Kriminalität und Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit durch die EU abgeleitet werden kann, so wird doch alles drei zusammen verurteilt. Bezeichnenderweise wurde der Neofaschismus nicht verdammt. Hier gäbe es meines Erachtens für die antifaschistische Bewegung in Europa einen Ansatzpunkt für die Ergänzung des EU-Verfassungsentwurfes.

F) Bewertung

Den EU-Verfassungsentwurf muss man im Großen und Ganzen eher negativ bewerten. Zwar ist vielfach der Versuch erkennbar, die Kompetenzen der EU von denen ihrer Mitgliedsstaaten stärker abzugrenzen, doch lässt der Entwurf der EU fast immer ein Hintertürchen, um sich weitere Kompetenzen anzueignen. Die undemokratischen und undurchschaubaren Verhältnisse der EU und die Größe des EU-Raumes machen es für den einzelnen Bürger bzw. Bürgerbewegungen (ganz gleich welcher Art) schwer, Einfluss auf die Entscheidungen der EU zu nehmen. Für Wirtschafts- und Lobbyverbände, die in Brüssel usw. schon jetzt ausgezeichnet vertreten sind, gilt dies natürlich nicht in gleicher Weise.
Außenpolitisch erlaubt dieser Verfassungsentwurf der EU und ihren Mitgliedsstaaten die Durchsetzung ihrer Interessen (analog zu den Mitteln der USA) durch wirtschaftlichen Druck, durch die Androhung oder den Einsatz militärischer Mittel. Hierzu werden die militärischen und rüstungswirtschaftlichen Kompetenzen der EU ausgebaut. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten bleiben zwar in militärischen Angelegenheiten die Entscheidungsträger. Aber die Einflussmöglichkeiten der einzelnen Parlamente der Mitgliedsstaaten werden erheblich verringert. Das EU-Parlament bleibt sowieso außen vor.

Innenpolitisch wird der Primat der Wirtschaft über die anderen Politikbereiche (in der EU schon immer ausgeprägter als in der BRD) noch stärker betont. Zur besseren Bekämpfung von Kriminalität und allem was dafür gehalten wird, schafft die EU sich immer mehr eigene Kompetenzen. Auch in dieser Hinsicht ist die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten nicht wirklich durchschaubar.

Es zeigt sich sowohl im militärischen als auch in anderen Bereichen, dass der vorliegende EU-Verfassungsentwurf keine endgültige Regelung der Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten darstellt. Es werden dieser wohl noch einige EU-Verfassungen folgen. Doch bedarf es unserer Aktivitäten, damit sich die aggressiv kapitalistische und aggressiv militaristische Tendenz dieses Verfassungsentwurfes in den zukünftigen Verfassungen nicht mehr finden wird.

Erika Klantz

Politikwechsel ist nötig

"*Eine Demonstration von 250.000 Menschen ist keine Fachkonferenz*", so widersprach die Gewerkschaftlerin Engelen-Kefer den Politikern und Unternehmern, die uns immer nur "Demonstrieren unter Forderungen" unterstellen.
Keine realisierbaren Alternativen würden wir anbieten. "*Mit dem einfachen Nein-Sagen ist es nicht getan*" tönte zum Beispiel SPD-Generalsekretär Benneter. Eine Frechheit, haben die Demonstrierenden solche Alternativen doch schon längst vorgetragen: Progressive Besteuerung von Gewinnen, großen Vermögen und Erbschaften; Verkürzung der Arbeitszeit und Stopp von Privatisierungen; Erhalt der öffentlichen Daseinsorsorge wünscht das "Bremer Bündnis gegen Sozialkahlschlag". Steuern auf Kapitaltransfer, also die von attac-Globalisierungsgegnern seit Jahren geforderte Tobin-Steuer, brächte Milliarden in die öffentlichen Kassen. Und schließlich wozu immer noch Geld ausgeben für neue Waffen und fürs Kriegeführen?

Für uns vom Bremer Friedensforum verschärfen sich durch Rüstung und Kriege die sozialen Konflikte. Die Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart und vielen anderen europäischen Städten haben eines auf jeden Fall bewirkt: Das Aufwachen und Nachdenken einiger Parteipolitiker. Und hoffentlich auch deren Handeln. Sonst gibt es noch mehr Demonstrationen!

Ernst Busche

Ostermarsch 2004

Am Gründonnerstag bereits war die Hauptsprecherin, Bärbel Schindler-Saefkow, Tochter des 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Anton Saefkow, aus Berlin angereist, um Spuren ihres Vaters in Bremen in den Jahren 1934/36 zu suchen. Einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg in Oslebshausen folgte ein Besuch der Justizvollzugsanstalt dieses Bremer Ortsteils. Der scheidende Pädagoge, Herr Kruse, erläuterte die Geschichte des 1874 errichteten Zuchthauses. Zu den Arrestanten gehörten 1918 auch 240 meuternde Matrosen aus Wilhelmshaven, die in der Revolution befreit wurden. Das Personal blieb im Großen und Ganzen über die Jahre unverändert, auch als Emil Sonnemann abgesetzt wurde und der Leiter der SA-Standarte 75 die Leitung übernahm und verstärkt SA-Männer und Stahlhelmer die Bewachung übernahm. 1933/1936 erfolgte ein rasches Ansteigen der Häftlingszahlen, als hunderte politischer Gefangener wegen Aufrechterhaltung und Fortführung der Arbeiterorganisationen hier eingeliefert wurden. Auch en bloc aus Hamburg und Schleswig-Holstein, wo sie vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen Hochverrats oder Vorbereitung dazu verurteilt waren.

Sie stellten ca. 20 - 26% der Gefangenen im Zuchthaus. Herr Kruse konnte leider weder die Saefkow-Akte auffinden noch die unseres langjährigen Vorsitzenden Georg Gumpert. Viele der über 2.000 Inhaftierten hatten allerdings Barackenunterkünfte auf dem Neuenlander Feld oder in den Emslandlagern zu beziehen, wo sie in Außenkommandos eingesetzt waren. Das Zuchthaus Oslebshausen hatte eine ausgezeichnete Bibliothek und Unterricht in Sprachen und kaufmännischen Zweigen, wie Bärbel Schindler-Saefkow den Briefen ihres Vaters entnehmen konnte.

Raimund Gaebelein

Aus der Rede von **Dr. Bärbel Schindler-Saefkow** anlässlich des Ostermarschs 2004 in Bremen:

"Gern bin ich aus Berlin hierher gekommen, um meine Verbundenheit mit der Bremer Friedensbewegung in dieser traditionellen Aktion hier zu zeigen. In über 60 Städten gehen in diesen Tagen Friedensaktivisten wieder auf die Straße, um dem Friedenswillen öffentlich eine Stimme zu verleihen. Die Bremerinnen und Bremer wurden eingeladen unter dem Motto: "Ja zu einem sozialen Europa - Nein zur EU-Interventionsarmee - Abrüstung statt Sozialkahlschlag!" …

Der amerikanische Globalismus vergrößert nicht nur die Kluft zwischen Armen und Reichen. Er zeugt mit den Machtansprüchen der Globalplayer immer wieder neue Gewalt, die wie schon oft in Kriegen und Bürgerkriegen ihren blutigen Ausdruck findet. Die Bushadministration hat mit der Lüge von der Bedrohung der USA durch Saddams ABC-Waffen einen Präventivkrieg vom Zaune gebrochen, das Völkerrecht mit Füßen getreten und sich dabei selbst in eine Lage manövriert, aus dem sie so leicht keinen Ausweg findet, wie die Ereignisse in Irak und in Afghanistan bestätigen. Die deutsche Bundesregierung schickte weitere Truppen-Kontingente an den Hindukusch, weil dort nach Strucks Worten die Bundesrepublik verteidigt werde. Sie entsandte ein weiteres Bataillon in den Kosovo, weil fast fünf Jahre nach dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien und der Besetzung des Kosovo die ethnischen Konflikte zwischen Serben und Albanern weiterhin als Schwelbrand existieren. Wohin will man denn noch Besatzungstruppen schicken, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der mächtigen Industriestaaten zu sichern? Mit Besatzungstruppen löst man so wenige Probleme, wie auch durch Kriege auf die Dauer kein Frieden herzustellen ist. Erzwungener Frieden war schon immer in der Geschichte nur eine Pause zwischen den Kriegen. Wir wollen sicheren Frieden auf Dauer, ohne Demütigung anderer Völker, ohne Absicht auch Unterlegenen den fremden Willen aufzuzwingen! …



Der Ostermarsch ist immer wieder ein Treffen der Generationen wie auch der Kulturen. Friedensfreunde aus ganz Bremen trafen sich auf dem Marktplatz.

Der Sozialraub hat in Deutschland begonnen, ihn bekommen Arbeitslose, sozial Schwache, Kranke und Rentner empfindlich zu spüren. Die Regierung nennt es Reformen und verweist auf leere Kassen. Dabei gäbe es Alternativen durch konsequente Abrüstung. Statt 18 Millionen Euro für den Eurofighter könnten 200.000 Sozialwohnungen gebaut, statt 73 Militärairbusse für 6,1 Milliarden Euro ließen sich 1.650 Grundschulen errichten, für die 8,3 Milliarden Kosten der Kampfhubschrauber "Tiger" 800 Kindergärten, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Deutsche Soldaten brauchen nicht in aller Welt Besatzungstruppen zu stellen, der Weg zu einem neutralen, friedlichen Deutschland steht offen! Wer ihn nicht beschreitet, begibt sich auf die Straße des permanenten Krieges. Doch schon bisher sind in der Geschichte letztendlich alle Kreuzzüge gescheitert …

Gestatten Sie mir noch einen persönlichen Wunsch hier zu äußern. Ich bin auch nach Bremen gekommen, weil ich eine der Stätten besuchen wollte, in denen mein Vater - der Kommunist und Antifaschist Anton Saefkow - 1934/1935 zu Beginn der faschistischen Terrorherrschaft in Bremen eingekerkert war. Das war im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen, wo er mit vielen Freunden zusammen war, die Opfer der faschistischen Diktatur waren. Er hat später noch eine ganze Odyssee durch verschiedene weitere Zuchthäuser und Konzentrationslager erlebt und wurde dann 1939 wieder freigelassen. Und erst dann wurde ich geboren. Er hat gemeinsam mit anderen eine große Widerstandsorganisation der Arbeiter und Angehöriger vieler anderer Schichten zusammengeführt, um sich gegen jenen Krieg damals zu wehren, mit dem Deutschland ganz Europa überzogen hatte. Er wurde erneut verhaftet und musste 1944 sein Leben für diese Taten geben.

Ich möchte aus dieser Tatsache heute für uns hier den Wunsch ableiten, dass die Friedensanhänger nicht aufhören dürfen, ihre Stimme zu erheben. Besonders dann nicht, wenn die Bedingungen schwer sind und der Mut nicht von Tausenden gespeist wird, wenn uns mit Lügen über wahre Kriegsgründe die Augen verbunden werden sollen. Unsere gute Sache des Friedens ist es wert, sie gemeinsam weiter zu erstreiten. Ostern 2004 und später."

Marschieren bis zum Sieg

Heute reden alle nur noch vom «internationalen Terrorismus», wobei eigentlich nur Islamisten gemeint sind, und wenn überhaupt noch von «rechts» gesprochen wird, dann nur sehr verschämt von der NPD und dem mehr als dilettantischen Verbotsversuch. Was ist aber eigentlich mit den so genannten «Freien Kameradschaften»? Sie sind einerseits militant und gewaltbereit, agieren aber andererseits mittlerweile öffentlich, was z.B. die «aktive Arbeit» an den Schulen im Umland von Bremen zeigt. Sie markieren das laute Beiwerk zu NPD-Demos, spielen Saalschutz oder legen Bomben. Nur bruchstückhaft wird in der Öffentlichkeit klar, dass in der neonazistischen Szene Deutschlands nahezu unbemerkt eine massive Umstrukturierung stattgefunden hat. Mitglieder von militanten Kameradschaften haben heutzutage engen Kontakt zum Rocker- und Rotlichtmilieu. Der Mythos des Einzeltäters, der schon 1980 beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest als Unwahrheit entlarvt worden war, lässt sich nicht mehr halten. Darum redet der Bayerische Innenminister Günther Beckstein auch von einer «braunen RAF». Diese Phrase verkauft sich ja auch gut, wenn es Leute gibt wie den geltungssüchtigen Ex-RAFler Horst Mahler. Keine «Braune Armee Fraktion» wollte am 09. November 2003 einen Sprengstoffanschlag auf die Baustelle der neuen Münchner Synagoge verüben, sondern die «Kameradschaft Süd» unter der Führung von Martin Wiese war hier am Werk. Sie "*konnte sich unter den Augen der Behörden zu einer militanten Organisation entwickeln*". Der Anschlag konnte durch einen Zufall vereitelt werden.

Antisemiten wie Hohmann, Lummer oder Möllemann sind das Fett im Getriebe des «nationalen Terrorismus». Unbehelligt können die «Kameradschaften» große und ideal gelegene Immobilien kaufen und zu Ideologie-Zentren ausbauen. Neben Schenkungen und Erbschaften der Altnazis spielt gerade die «Musik»-Szene eine wichtige Rolle. Einerseits sind sie eine wichtige Geldquelle und andererseits ein erstrangiges Agitationsmedium. Denn die «Terroristen mit E-Gitarren» sind "*das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen.*"

Langsam aber sicher holen auch die Frauen in der Neonaziszene auf. Die «deutsche» Frau dient nicht mehr nur als schmückendes Beiwerk, braune Krankenschwester oder Privatdirne des Kaders. So mimt Inge Nottelmann die Führungsfrau. Nebenbei bemerkt studiert sie an der Hamburger Uni Geschichte, was ihren KommilitonInnen sauer aufstößt. Die Frauen sind Redakteure bei Fanzeitschriften (Fanzine), organisieren Internetseiten oder machen Musik. Letztendlich sehen aber immer noch viele »deutsche» Männer sie als "*Fickhennen*".

Das Buch bietet viele Hintergrundinformationen über das Innenleben der «Kameradschaften» und sollte auch dem letzten Zweifler klar machen, dass sie keine temporären Erscheinungen sind. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung hinsichtlich der neofaschistischen und militanten Umtriebe. Aufgrund dessen, dass das Buch erst einige Monate alt ist, ist es z.Z. das Standardwerk zur Thematik der «Freien Kameradschaften».

Das Beispiel des versuchten Anschlags auf die Baustelle der neuen Münchner Synagoge zeigt den Unterschied zu vielen anderen Büchern: Röpke, Speit und die anderen vier Autoren nennen Namen, Daten und Fakten. Weder gibt es ein «wie ist das doch alles schlimm» noch den erhobenen Zeigefinger.

Das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit (Hrsg.) "Braune Kameradschaften - Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis" ist 2004 im Verlag Ch. Links, Berlin, erschienen. Es hat 206 Seiten, diverse Fotos und kostet 14,80 Euro.
Am Ende befindet sich ein Register mit Bands bzw. Organisationen und Personen sowie eine Auflistung der wichtigsten "Freien Kameradschaften" der einzelnen Bundesländer aufgelistet, allerdings dürften sich ständig neue bilden und andere wieder auflösen.

Gerold (AG Neofaschismus)

Die Hölle der Mädchen

Das Mädchen-KZ Uckermark - Monodrama mit Musik von Daniel Haw

Die Hölle der Mädchen
Dienstag, 22. Juni 2004
19:00 Uhr
Oldenburg Theater Laboratorium
Wilhelmstraße 13

Es ist ein Gastspiel für Jugendliche ab 12 Jahren und (natürlich) auch für Erwachsene. Der Eintritt kostet *zehn* Euro, ermäßigt *sechs* Euro. Die Geschichtswerkstatt Oldenburg ist der Veranstalter.

Die Hölle der Mädchen

1943 - Jugendkonzentrationslager Uckermark. Hier sitzt, mit vielen anderen jungen Mädchen aus Deutschland und den besetzten Gebieten Europas, Helene Weiland ein. Eine Denunziantin hat sie bei der Gestapo angezeigt. Der Verdacht der Rassenschande genügt, um sie auf unbestimmte Zeit in die "Hölle der Mädchen" zu verbannen. Helene überlebt: sie ist körperlich und geistig stark, denn sie verfügt über Glauben, Hoffnung und eine gesunde Portion Hass, der sie das Grauen ertragen lässt.
Sie beginnt, Briefe an ihre beste Freundin Elli zu schreiben, die sie jedoch nicht abschicken darf und unter einer losen Diele in ihrer Baracke versteckt. Diesen Briefen in Tagebuch-Form vertraut sie die Vorgeschichte ihrer Inhaftierung, die Erlebnisse im Lager und ihre veränderte Wahrnehmung des deutschen Vaterlandes an.

Das Konzept der Mörder

Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, erhebt im Dezember 1939 erstmals die Forderung nach speziellen Lagern für "*verwahrloste Jugendliche*".

In der Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 01.02.1940 beklagen Minister der unterschiedlichsten Fachgebiete, Staatssekretäre und hohe Beamte die kriegsbedingte "Verwilderung" der Jugend, die Zunahme jugendlichen Unfugs sowie ein Ansteigen der Jugendkriminalität. Sie fordern Gegenmaßnahmen. Der "Reichsführer-SS" Himmler unterstützt die Forderung Heydrichs. Das Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) in Berlin wird daraufhin beauftragt, "polizeiliche Jugendschutzlager" zu errichten. Polizei und SS haben damit ihr angestrebtes Ziel erreicht: Sie können auffällige und missliebige Mädchen und Jungen willkürlich inhaftieren. Die Haft wird durch bloße Verwaltungsanweisungen des RKPA scheinbar legitimiert, ein gerichtliches Urteil als nicht notwendig erachtet.
Die Justizbehörden protestieren zunächst gegen das fehlende Mitspracherecht und erhalten nach jahrelangen Kompetenzstreitigkeiten lediglich die Möglichkeit, Jugendliche für die Haft in Moringen und Uckermark "vorzuschlagen". Auch die Hitler-Jugend und die Gestapo können nun Einweisungen veranlassen. Damit gibt sich die Justiz zufrieden. Sie ordnet sich dem Polizeistaat unter.
Der Willkür von Polizei und SS sind damit Tür und Tor geöffnet.

Die Produktion

Es spielt: Sabine May, Regie & Musik: Daniel Haw, Regieassistenz: Barbara Gohlke-Paul

"Die Wahrheit" vor Gericht

"In Deutschland ist es verboten, die Wahrheit zu sagen. Verboten sind Presse, Versammlungen und Demonstrationen der Arbeiterschaft (…) Verboten ist die Wahrheit über den Reichstagsbrand, über die Misshandlungen der Gefangenen oder von den Naziführern die Einhaltung ihrer Versprechungen, die Enteignung der Banken und Warenhäuser zu fordern!" Das sind die ersten Worte der illegalen kommunistischen Zeitung "Die Wahrheit". Fünf Monate lang, bis zu ihrer Verhaftung durch die Gestapo im September 1933, versuchten mutige Bremer Kommunistinnen und Kommunisten illegale Zeitungen herzustellen und zu verbreiten, zwölf Ausgaben der Zeitung "Scheinwerfer" für den Einheitsverband der Seeleute, Binnenschiffer, Hafentransportarbeiter und vier Ausgaben der Zeitung "Die Wahrheit" für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie versuchten Mitgliedsbeiträge zu kassieren, alte Parteistrukturen in der Illegalität zu erhalten, wiederherzustellen oder neu aufzubauen. Sie waren 20 - 30 Jahre alt, Arbeiter, Handwerker oder Seeleute.

Die Gestapo hatte den Verteilerkreis der Zeitung aufrollen können, nachdem ein Lehrling ein Exemplar abgeliefert und dabei auch Namen genannt hatte. Nach heftigen Misshandlungen wurden personelle Zusammenhänge preisgegeben. Bereits im November 1933 war eine erste Gruppe von KP-Mitgliedern aufgrund gleicher Tatvorwürfe zu 21 Monaten abgeurteilt worden. Das war die Geburtsstunde des Sondergerichts. Für ihre Gesinnung verhängte das Hanseatische Oberlandesgericht Monate nach der Verhaftung bis zu acht Jahren Zuchthaus oder Gefängnis. "Nur vorübergehend" habe die Lähmung der Tätigkeit durch die Verhaftung führender Funktionäre "die volle Wirkung gezeigt", erklärte die Anklage. Im Mai und Juni 1934 wurden deshalb 88 Menschen vor Gericht gestellt, in vier Gruppen mit 27, 29, 19 und 13 Personen. Der erste Prozessabschnitt begann am 15. Mai 1934. Der Zuschauerraum war besetzt mit meist weiblichen Angehörigen der Angeklagten. Willi Müller erhielt drei Jahre Zuchthaus, die anderen bis zu 2fi Jahre für die Herstellung und Beschaffung illegaler Zeitungen.

Am 01.06.1934 erging im Zusammenhang mit dem Prozess um die illegale kommunistische Zeitung "Die Wahrheit" Anklage gegen 19 der Beschuldigten, u.a. gegen Lina Schwartz, Karl Bolte, August Heidmann, Wilhelm Imholze und Carl Meyer. Ihnen wurde vorgeworfen, "vorsätzlich unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art öffentlich aufgestellt und verbreitet zu haben". Das Verbrechen wurde "hochverräterisches Unternehmen" genannt. "Die in den Zeitungen aufgestellten Lügenmeldungen sind nicht nur geeignet gewesen, Ansehen und Würde der Regierung schwer zu schädigen, sie haben darüber hinaus auch zu einem schweren Schaden für Reich und Regierung geführt. Die im Ausland und Inland betriebene Hetzkampagne gegen die Regierung des neuen Deutschlands ist durch diese Hetzarbeit genährt worden. Umfangreiche Abwehr- und Überwachungsmaßnahmen sind notwendig geworden", so die Anklage.

Am 15. Dezember 1936 erging Anklage gegen die Arbeiter Hermann Becker und Heinrich Bohnen. Auch sie wurden beschuldigt, zur Vorbereitung ihres Hochverrats "*einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten*". Besonders strafwürdig erschien der Staatsanwaltschaft, dass Hermann Becker wie auch Heinrich Bohnen nach der Machtübertragung 1fi Jahre lang als Unterkassierer für KPD und Rote Hilfe Beiträge gesammelt und abgeführt hatten. "*Die Tätigkeit des Beschuldigten Bohnen, der die erhaltenen Zeitungen weitergab, war außerdem darauf gerichtet, durch Verbreitung dieser Schriften die Massen zu beeinflussen*".

Hermann Becker wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die Strafe nach einigen Monaten ausgesetzt. Der Generaldirektor der A.G.Weser, Franz Stapelfeldt, setzte sich im März 1937 für seine sofortige Entlassung und Weiterbeschäftigung auf der A.G.Weser ein.

Raimund Gaebelein

Termine

Vorherrschaft einer Weltmacht - mit Gottes Segen?

Seit dem 18. April wird in der St.-Stephani-Gemeinde, Faulenstraße 108, aus Anlass des Irak-Krieges die politisch-theologische Ausstellung mit dem Titel "Vorherrschaft einer Weltmacht - mit Gottes Segen?" gezeigt. Sie ist noch **bis zum 20. Juni, dienstags, donnerstags und samstags von 15:00 bis 18:00 Uhr** und **sonntags von 11:30 bis 13:00 Uhr** zu sehen.

Wo Minen das Leben bedrohten, sollen Kinder lachen - Solidarität mit Vietnam -

Ilona Schleicher vom SODI (Sozialitätsdienst International e.V.) ist zurück aus Vietnam. Sie zeigt **am Dienstag, den 01. Juni 2004, um 20:00 Uhr,** im Überseemuseum Dias und berichtet von Familien und dem Wiederaufbau von Dörfern. Con Trung wird als drittes "Dorf des Friedens und der Solidarität" aufgebaut.
Die Veranstalter sind: Initiative Solidaritätsbasar, Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung - biz, Bremer Friedensforum, Sozialitätsdienst International e.V. - SODI

Die Friedensbewegung in Israel und Palästina

Am Mittwoch, den 02. Juni, findet **um 20:00 Uhr** in der St.-Stephani-Gemeinde, Faulenstraße 108, ein Vortrag mit Amoz Gvirtz und Noah Salameh statt. Beide gehören zu den bekanntesten Vertretern der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung.
Veranstalter sind der Versöhnungsbund und das Bremer Friedensforum. Wer noch Fragen hat, kann sich an die Geschäftsstelle des Versöhnungsbundes (0571-850875) oder an Anka Schneider (04298-467616) wenden.

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name
Vorname ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Geb.-Datum ____________________
Bremen, den ____________________
Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Die Tage zwischen Krieg und Frieden...

Wladimir Gall, ehemaliger Rotarmist und entscheidend beteiligt an der Befreiung Berlins vom Faschismus 1945, erinnert sich an den Sieg über den deutschen Faschismus und die ersten Nachkriegsjahre in Deutschland.

Lesung und Gespräch
Freitag, 04. Juni 2004
19:30 Uhr
Kulturzentrum Paradox
Bernhardstraße 12

Der vor über 60 Jahren begonnene Überfall auf die Sowjetunion im Juli 1941 führte den Absolventen der Moskauer Universität an die Front. Er wurde Flaksoldat, half bei der Verteidigung Moskaus und kam im zweiten Kriegsjahr - für Aufklärung und Frontpropaganda wurden Dolmetscher gesucht - zur Politabteilung der 2. Panzerarmee. Bis zur Schlacht um Berlin blieb das Alltag für den mittlerweile zum Offizier ernannten Politarbeiter.

In dem autobiographisch geprägten DEFA-Film "Ich war neunzehn" hat der Regisseur Konrad Wolf (1925 - 1982), der bereits als junger Leutnant der Sowjetarmee enger Freund von Wladimir Gall war, diesen Weg eindrucksvoll nachgezeichnet, bis hin zum dadurch bekannt und berühmt gewordenen Einsatz zur kampflosen Übergabe der Spandauer Zitadelle.

Veranstaltet vom LAK Antifa von [´solid] - die sozialistische jugend Bremen in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosa Luxemburg Initiative Bremen, VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen, Red Fire Burning, Bremer Antikapitalistische Linke (BAL)



Wladimir Gall (Moskau) - Parlamentär von Spandau und Kulturoffizier von Halle

60. Todestag von Homme Hoekstra

Gedenkstunde
Freitag, 25. Juni 2004
11:00 Uhr
Kaminsaal des ehemaligen Lagers Tirpitz
Schwarzen Weg 92 (1. Block, 1. Etage)

Am 26. Juni 1944 wurde der niederländische Zwangsarbeiter Homme Hoekstra in Brandenburg mit dem Fallbeil hingerichtet. Der Volksgerichtshof hatte ihn zum Tode verurteilt, weil er nicht an den Sieg des faschistischen Deutschland glaubte.

“Untergebracht” war Hoekstra zusammen mit anderen niederländischen Zwangsarbeitern im Lager Tirpitz am Schwarzen Weg, wo heute das sozialwerk der Freien Christengemeinde verschiedene Einrichtungen unterhält.
Seit Mai 1999 steht dort ein Denkmal, das sein Portrait und seine Lebensdaten enthält, im Jahr darauf kam ein Rosenbeet hinzu, angelegt von den früheren Arbeitern der A.G. Weser. Im Herbst 2003 folgte eine vom Beirat Gröpelingen gestiftete Bank. Eine Wegebenennung wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. Am 60. Jahrestag seiner Hinrichtung am 25. Juni 2004, findet organisiert von der VVN-BdA mit Unterstützung des Sozialwerks der Freien Christengemeinde eine Gedenkveranstaltung statt.

Einer kurzen Darstellung seines letzten Lebensabschnittes durch den Landesvorsitzenden der VVN-BdA folgen Worte seitens des Sozialwerks der Freien Christengemeinde und des Ortsamtsleiters im Bremer Westen, Herrn Peter Mester. Der frühere Zwangsarbeiter Cees Ruyter aus Rotterdam schildert seine Erfahrungen der Jahre 1943/45 auf der A.G. Weser und im Lager Tirpitz. Im Anschluss an ein Gespräch von Schülern und Lehrern der 12. Jahrgangsstufe der Mentor-Schule über die Notwendigkeit des Erinnerns folgt eine Kranzniederlegung am Mahnmal für Homme Hoekstra.

Raimund Gaebelein

“Der Bremer Antifaschist” ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!